



STELLUNGNAHME VOM 30. AUGUST 2023

Wie können Journalist\*innen über die AfD berichten? Am besten diskriminierungskritisch!

## **Rechtsextreme sind keine guten Interviewpartner\*innen. Betroffene von rechter Gewalt schon.**

**Antidemokrat\*innen eine Bühne zu bieten, führt nicht zu einem demokratischen Diskurs. Stattdessen wäre es bei dem aktuellen Anstieg rechter Gewalt dringend angebracht, die Perspektiven von marginalisierten Gruppen in den Fokus zu rücken.**

Die AfD und ihre Parteimitglieder fallen im öffentlichen Diskurs vor allem mit rassistischen, queerfeindlichen, behindertenfeindlichen, rechtsradikalen – also insgesamt demokratiefeindlichen Aussagen auf. Und trotzdem werden sie zitiert, sitzen wieder häufiger in Talkshows und Sommerinterviews und schaffen es auf Cover von reichweitenstarken Magazinen.

Rechte Akteur\*innen sind sehr gut darin, Agenda-Setting zu betreiben und erhalten dementsprechend viel Raum im öffentlichen Diskurs. Die Anzahl der Menschen, die durch einen Rechtsruck bedroht sind, ist jedoch deutlich höher als die der potenziellen AfD-Wählerschaft. Wie wäre es also mal mit Titelseiten für Betroffenenperspektiven oder Lösungsvorschlägen gegen erstarkenden Rechtsextremismus?

Die Berichterstattung über die AfD stellt Journalist\*innen vor Herausforderungen. Eine diskriminierungskritischer Medien-Umgang mit der AfD ist aber möglich.

### **Fünf Hinweise, die es bei der Berichterstattung über Rechtsextreme zu beachten gilt:**

1. Die Perspektive von marginalisierten Gruppen berücksichtigen
2. Transparenz schaffen
3. Kontext setzen
4. Vorsicht vor rechtem Agenda-Setting und Wording
5. Die AfD richtig einordnen

#### **1. Die Perspektive von marginalisierten Gruppen berücksichtigen**

Der Aufstieg einer rechtsextremen Partei ist eine Nachricht wert. Die Frage danach, was der Rechtsruck mit Menschen macht, die davon betroffen sind, ist es aber auch.

Menschen mit Einwanderungsgeschichte, Schwarze Menschen, queere Menschen, Menschen mit Behinderung, Muslim\*innen und Jüd\*innen und alle, die für eine offene Gesellschaft eintreten, werden von den Positionen der AfD angegriffen. Ihre Perspektiven erhalten aber viel zu wenig Beachtung im medialen Diskurs.

Befragt man die AfD zu ihren Lieblingsthemen Asyl, Migration und Integration, sollte man auch die Perspektive derjenigen einbeziehen, die von diesen Themen direkt betroffen sind. Nur so kann ausgewogener Journalismus garantiert werden, der alle Gesellschaftsgruppen mit einbezieht.



## 2. Transparenz schaffen

Muss ich aus demokratischen Gründen auch rechtsradikale Parteien immer zitieren oder in meine Sendung einladen? Natürlich *muss* man nicht. Vielmehr sollten sich Journalist\*innen fragen: Worüber will ich reden und wer ist hierfür der\*die richtige Ansprechpartner\*in? Redaktionen sollten sich auf klare Kriterien für diese Entscheidungen einigen und diese transparent kommunizieren. Eine demokratische Grundhaltung könnte eine gute Grundlage sein. Auf keinen Fall sollte man Rechtsextreme nur deshalb zitieren oder ins Studio einladen, um wütenden Reaktionen ihrer Anhänger\*innen in sozialen Medien vorzubeugen.

## 3. Kontext setzen

Die AfD fällt immer wieder durch das Verbreiten von Falschinformationen und Verschwörungsmysmen auf. Rechtsradikale streuen sie bewusst – sei es, um die eigene politische Agenda voranzutreiben oder um die Bevölkerung zu verunsichern. Es ist die Aufgabe von Journalist\*innen, diese Falschinformationen richtigzustellen, sie zu widerlegen und demokratiefeindliche Ideologien klar zu benennen. Antisemitische, islamfeindliche, queerfeindliche, rassistische und faschistische Sprache sollten niemals unkommentiert stehen bleiben. "Faktenchecks" sind zwar wichtige Mittel, doch wenn sie Tage später und nur online erscheinen, erreichen sie mit großer Wahrscheinlichkeit nicht alle Rezipient\*innen. Übrigens: Nur Umfragewerte zu veröffentlichen hat noch keinen journalistischen Mehrwert. Auch hierzu braucht es mehr Analysen und Einordnungen.

## 4. Vorsicht vor rechtem Agenda-Setting und Wordings

Rechte Akteur\*innen sind gut darin, Agenda-Setting zu betreiben. Sie zeichnen Schreckensbilder, provozieren mit menschenfeindlichen Aussagen und erhalten dadurch Aufmerksamkeit. Selbst bei kritischer Einordnung bleiben rassistische Framings jedoch hängen. Sind sie einmal gesetzt, wird es schwer, sie wieder loszuwerden und rechte Diskurse fördern rechte Gewalt. Der AfD ist eine Verschiebung des demokratischen Diskurses gelungen. So haben rassistische Begriffe wie "Überfremdung" und "Flüchtlingsstrom" durch ständige Wiederholung Eingang in den medialen Diskurs gefunden. Sie dienen dazu, strukturell benachteiligte Gruppen herabzuwürdigen. Rassistische Sprache sollte als solche benannt werden und keinesfalls reproduziert werden. Clickbaiting, reißerische Überschriften und extreme Bebilderungen mögen die Reichweite und dadurch den Umsatz erhöhen, helfen aber auch den Rechtsextremen bei der Verbreitung ihrer Ideologie.

## 5. Die AfD richtig einordnen

Die AfD ist nicht nur „rechtspopulistisch“ und irgendwie konservativ. Die AfD ist „rechtsradikal“ und in weiten Teilen „rechtsextrem“. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) stuft die AfD in ihrem Bericht von 2022 als „[rechtsextremen Verdachtsfall](#)“ ein. Das gilt insbesondere für den „völkischen Flügel“ um Thüringens AfD-Chef Björn Höcke, den der Verfassungsschutz von Thüringen als „[erwiesen rechtsextrem](#)“ einstuft. Die AfD darf – und sollte – in der Berichterstattung also auch so bezeichnet werden.

Für den [Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer](#) wirkt der Begriff „Rechtspopulismus“ *entdifferenzierend* und mit Blick auf den erstarkenden rechtsextremen Teil der AfD verharmlosend. Er schlägt den Begriff *Autoritärer Nationalradikalismus* vor.



## Weiterführende Tipps

### **Glossar:**

Begrifflichkeiten prägen das gesellschaftliche Zusammenleben. Vor allem in der journalistischen Auseinandersetzung mit einer rechtsradikalen Partei empfehlen wir deswegen, sorgsam mit Wordings umzugehen. Helfen kann dabei auch unser Glossar mit Formulierungshilfen für diskriminierungskritische Berichterstattung: <https://glossar.neuemedienmacher.de/>

### **Schutzkodex:**

Journalist\*innen, die über Rechtsextreme berichten, sind vermehrt Gewalt und Bedrohungen ausgesetzt. Medienhäusern empfehlen wir deswegen unseren Kodex zum Schutz von Journalist\*innen: <https://schutzkodex.de/>

### **Pressekontakt:**

[presse@neuemedienmacher.de](mailto:presse@neuemedienmacher.de)

Tel.: 030 269 472 30

Die Neuen deutschen Medienmacher\*innen sind ein ehrenamtlicher Verein, der sich für mehr Vielfalt im Journalismus stark macht. Als größte bundesweite NGO von Journalist\*innen setzen wir uns für diskriminierungskritische Berichterstattung, divers besetzte Redaktionen und gegen Hass im Netz ein. Mehr Infos unter: [neuemedienmacher.de](https://neuemedienmacher.de)